ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Gemeinwirtschaft - Stahlpolitik - Halbleiterabkommen - USA - OPEC

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1986) : Kurz kommentiert: Gemeinwirtschaft - Stahlpolitik - Halbleiterabkommen - USA - OPEC, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 11, pp. 537-538

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/136214

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

KURZ KOMMENTIERT

Gemeinwirtschaft

Ende einer Ära

Überwiegend mit Erleichterung reagierte die Öffentlichkeit auf die Bekanntgabe des bevorstehenden Verkaufs einer Mehrheitsbeteiligung an der Bank für Gemeinwirtschaft an die Aachener und Münchener Versicherungsgruppe. Damit ist die seit längerem verfolgte Absicht des DGB, nur eine Aktienminderheit an ihrer Hausbank zu verkaufen, offensichtlich gescheitert. Auf der Verkäuferseite sind die Gründe für den jetzt vollzogenen Schritt einmal in der Verpflichtung zur Eigenkapitalerhöhung zu sehen, die aus dem neuen Kreditwesengesetz resultiert und der die Gewerkschaften nicht nachkommen können oder wollen. Und zum zweiten benötigt der DGB bzw. seine Holding BGAG im Zusammenhang mit der Neuen Heimat dringend zusätzliche Liquidität.

Die reihum zu beobachtende positive Aufnahme des bevorstehenden Abschlusses der Verkaufsverhandlungen speist sich aus einer Reihe von Quellen. Für den DGB und seine Mitglieder bedeutet der Verkauf seiner Hausbank neben der Entlastung vom größten finanziellen Druck einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Neubestimmung gewerkschaftlicher Aufgaben. In Verbindung mit den sich anbahnenden Verkäufen der Volksfürsorge und des Beamten-Heimstättenwerks wird deutlich, daß auch der DGB die Gemeinwirtschaft in ihrer traditionellen Form als überholt ansieht. Auf der anderen Seite läutet der Verkauf der BfG auf den Finanzmärkten eine neue Epoche ein. Nachdem die Versicherungen in der Vergangenheit die Banken vor allem im Wettbewerb um die langfristigen Spargelder bedrängt hatten, nehmen sie nunmehr den Kampf um den wachsenden Markt der Finanzdienstleistungen auf. Die Wettbewerbspolitik wird dieser neuen Entwicklung verstärkt ihre Aufmerksamkeit zu widmen haben. hn

Stahlpolitik

Auf gefährlichen Pfaden

Der Vorstoß der EG-Kommission zur Auflockerung des europäischen Stahlkartells – Herausnahme von vier Stahlerzeugnissen (beschichtetes Blech, kleine Trägerprofile, Walzdraht und Stabstahl) aus dem Quotensystem zum 1. 1. 1987 – wurde im Ministerrat erst einmal kurzfristig abgeblockt und eine Entscheidung auf die zweite Novemberhälfte vertagt. Die Chancen für diese vorzeitige Teilliberalisierung des Stahlmarktes stehen allerdings schlecht. Dazu trägt entscheidend auch die Bundesregierung bei. Entgegen ihrem immer wieder verkündeten marktwirtschaftlichen Credo stemmt sie sich zur Zeit gegen dieses „mehr Markt". Es ist allerdings nicht das erste Mal, daß bei der Bundesregierung Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen, wie etwa auch bestimmte Verhaltensweisen im Agrarbereich dokumentieren.

Die Bundesregierung, die sich wohl die „Krückentheorie" der Stahlindustrie, nach der das Quotensystem als Stütze für den Sanierungsprozeß gegenwärtig unverzichtbar ist, zu eigen gemacht hat, begibt sich in gefährliches Fahrwasser. Die deutsche Stahlindustrie – mit wenigen Ausnahmen wieder im Bereich schwarzer Zahlen – scheint sich nämlich an das Quotensystem zu gewöhnen. Die Gefahr, daß der für Ende 1987 vorgesehene völlige Abbau der Produktions- und Lieferquoten in der Gemeinschaft weiter in die Zukunft verschoben wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Dieser Weg der „Bewältigung" der Strukturanpassung steht nicht nur im Widerspruch zum Ziel der Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes. Die damit verbundene Ausschaltung von Markt und Wettbewerb gefährdet zudem die Fähigkeit der europäischen Hersteller, sich im Wettbewerb zu behaupten. Gedient wird damit letztlich den Produzenten in Drittländern. kr

Halbleiterabkommen

Kräftezehrender Wettbewerb?

Über das Halbleiterabkommen zwischen Japan und den USA vom Juli diesen Jahres, das die Preise für verschiedene japanische Speicherchips weltweit erhöhen und die Halbleitereinfuhren Japans steigern soll, wird nun auch im GATT geredet. Die EG, unterstützt durch Australien, Brasilien, Kanada, Schweden, Singapur und Südkorea, hat in einem ersten Schritt das GATT angerufen, um die Einzelheiten der transpazifischen Absprache zu erfahren. Der EG-Vorstoß richtet sich zwar gegen eine Vereinbarung, die ihre Publizität derzeit hauptsächlich daraus bezieht, daß sie von japanischer Seite nicht eingehalten wird: Die Klagen der amerikanischen Halbleiterindustrie über eine Mißachtung der Preisab-

sprachen in Japan und auf Drittmärkten durch ihre japanischen Kontrahenten häufen sich.

Die Sorgen der EG sind gleichwohl nur allzu berechtigt. Die Gemeinschaft fürchtet zu Recht, daß die Öffnung des japanischen Halbleitermarktes, wenn es dazu kommen sollte, an den europäischen Chipproduzenten vorbeiginge, trotz aller gegenteiligen Beteuerungen der amerikanischen Unterhändler. Auch die weitergehende Befürchtung, das Abkommen führe letztlich zur weltumspannenden Aufteilung eines Zukunftsmarktes zwischen den Giganten Japan und USA, ist keineswegs unbegründet. Sie wird durch Kooperations- und Fusionsvorgänge im Windschatten der amerikanisch-japanischen Zweierdiplomatie, wie z. B. die geplante Übernahme von Fairchild durch Fujitsu, noch genährt. Gleichzeitig erhalten industriepolitische Bestrebungen in der EG, europäische Spitzenprodukte in der von den Brüsseler Behörden ausdrücklich als strategisch apostrophierten Halbleiterindustrie mit staatlicher Hilfe heranzuzüchten, zusätzlichen Auftrieb. Ein kräftezehrender Wettbewerb der Staaten in dieser „Schlüsselindustrie" scheint programmiert. gk

USA

Versteckte Steuererhöhung

Vom 1. Dezember an werden sämtliche Einfuhren in die USA mit einer Abgabe in Höhe von 0,22% des Lieferwertes belegt. In den Haushaltsjahren 1988 und 1989 soll die Gebühr auf 0,17% gesenkt werden. Schätzungen der zusätzlichen Einnahmen für den Staatshaushalt schwanken für das laufende Haushaltsjahr zwischen 670 und 790 Mill. Dollar. Die Maßnahme wird formal mit den Kosten der Einfuhrabwicklung begründet, um ihre Konformität mit dem GATT zu sichern. In Wirklichkeit soll sie einen Beitrag zum Budgetausgleich leisten, zumal der Fehlbetrag 1986/87 voraussichtlich weit über die vom Gramm-Rudman-Gesetz gesetzte Marke von 144 Mrd. Dollar hinausschießen wird. Die Einfuhrgebühr ist somit nichts anderes als eine versteckte Steuererhöhung. Fast erscheint sie wie ein Vorgriff auf die in den USA verstärkt diskutierte Einführung einer Mehrwertsteuer.

Im Ausland und vor allem in Kanada hat das Vorgehen der USA scharfen Protest hervorgerufen. Die Verärgerung der Kanadier ist begreiflich, steht Kanada doch seit längerem mit den USA in Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen und sieht sich nun, noch ehe der Streit über protektionistische Aktionen der USA in der Holzindustrie endgültig beigelegt ist, erneut mit handelspolitischer Willkür von seiten des südlichen Nachbarn konfrontiert. Kanada will die Angelegenheit im GATT in einem Streitbeilegungsverfahren klären. Die EG will sich dem kanadischen Vorgehen anschließen; sie befindet sich aber insofern in einer mißlichen Lage, als einige Mitgliedstaaten, so z. B. Portugal und Frankreich, ähnliche Abgaben erheben, wie sie die USA nun einführen. Das GATT-Verfahren wird die amerikanische Regierung voraussichtlich wenig beeindrucken. Hingegen ist es innenpolitisch zweifellos attraktiv, die Einfuhren zur Haushaltsfinanzierung heranzuziehen, zumal die Stimmung im Lande ausgesprochen importfeindlich ist. ko

OPEC

Schweres Erbe

Die unerwartete Entlassung des saudi-arabischen Ölministers wurde an den Ölmärkten als bedeutendes Ereignis registriert. Mit dem Ende der fast 25jährigen Amtszeit von Scheich Yamani schien der ohnehin labile Welterdölmarkt einen der wenigen Fixpunkte zu verlieren.

In der Ablösung des Ministers kommt die Unzufriedenheit des Königshauses mit der Entwicklung der Öleinnahmen zum Ausdruck. Die einseitige Ausweitung der Ölförderung durch Saudi-Arabien Ende vergangenen Jahres führte zu einem Ölpreissturz, den man in diesem Ausmaß wohl nicht erwartet hatte. Die im August vereinbarte Begrenzung der Produktion der OPEC-Mitglieder führte zwar zu einem Wiederanstieg der Preise, aber das erreichte Niveau entspricht offensichtlich noch nicht den Vorstellungen der saudischen Regierung. Sie will daher die anderen OPEC-Länder für eine Politik gewinnen, die den Ölpreis auf etwa 18 $ je Barrel anhebt.

Angesichts des nur langsam steigenden Ölkonsums und gut gefüllter Vorratslager bei den Verbrauchern ließe sich dieses Ziel lediglich mit einer fühlbaren Angebotsbeschränkung realisieren. Eine Verteilung der erforderlichen Produktionsanpassung auf alle OPEC-Länder, von denen die meisten in einer viel schwierigeren finanziellen Lage als Saudi-Arabien sind, ist aber nach den Erfahrungen vergangener Konferenzen kaum zu erreichen. Wie unter diesen Umständen die Preisanhebung erreicht werden soll, ohne daß Saudi-Arabien das Hauptopfer bringt, ist nicht zu erkennen. Ein neuer saudischer Ölminister wird es somit nicht leichter als sein Vorgänger haben, seinen Dienstherrn zufriedenzustellen. Auf den Ölmärkten ist daher auch nach kurzer Hektik wieder Ruhe eingekehrt. ma